

B e r i c h t

des Umwelt- und Bauausschusses

betr. Weitere Kernenergienutzung und Endlagerstandortsuche

Hannover, 25. November 2009

I.

Die 24. Landessynode hatte während ihrer V. Tagung in der 18. Sitzung am 24. November 2009 im Zusammenhang mit der Verhandlung über den Tätigkeitsbericht des Landessynodalausschusses (Aktenstück Nr. 3 E, Ziffer 44 d) auf Antrag der Synodalen Dierks folgenden Beschluss gefasst:

"Der Umwelt- und Bauausschuss wird gebeten, die Thematik der Endlagerfrage zu beraten und der Landessynode noch während der stattfindenden V. Tagung zu berichten."

II.

Der Umwelt- und Bauausschuss hat die Thematik in seiner Sitzung am 25. November 2009 intensiv beraten und legt der Landessynode ein "Wort der Landessynode" zur Beschlussfassung vor.

Der Ausschuss hält es für angemessen, dieses Aktenstück allen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen sowie kirchlichen Werken und Einrichtungen in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, an die Evangelische Kirche in Deutschland sowie an die niedersächsische Landesregierung und an die Bundesregierung weiterzuleiten.

III.

Der Umwelt- und Bauausschuss stellt folgende Anträge:

Die Landessynode wolle beschließen:

- 1. Die Landessynode nimmt den Bericht des Umwelt- und Bauausschusses betr. Weitere Kernenergienutzung und Endlagerstandortsuche (Aktenstück Nr. 53) zustimmend zur Kenntnis und beschließt das als Anlage beigefügte Wort der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur weiteren Kernenergienutzung und zur Endlagerstandortsuche.*
- 2. Das Landeskirchenamt wird gebeten, das "Wort der Landessynode" der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur weiteren Kernenergienutzung und zur Endlagerstandortsuche an die Kirchengemeinden und Kirchenkreise sowie kirchlichen Werke und Einrichtungen in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, an die Evangelische Kirche in Deutschland sowie an die niedersächsische Landesregierung und an die Bundesregierung weiterzuleiten.*

Schubert
Vorsitzender

Dierks
Berichterstatterin

Anlage

Anlage**Wort der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur weiteren Kernenergienutzung und zur Endlagerstandortsuche**

In Aufnahme der Beschlüsse der Landessynode vom November 1997 und vom Mai 2004 und des Beschlusses der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) während ihrer 7. Tagung in Bremen im November 2008 erklärt die 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers während ihrer V. Tagung am 27. November 2009:

1. Die Landessynode bedauert – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Asseproblematik - das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Laufzeiten von Kernkraftwerken zu verlängern und die Erkundung des Salzstockes bei Gorleben alternativlos fortzusetzen und bittet darum, diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung nicht zu verwirklichen.
2. Aus Sicht der Landessynode ist die Kernenergienutzung weder ein wirksamer und verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz noch wegen des möglichen Ausmaßes ihrer Risiken überhaupt eine Technologie, die im Sinne des biblischen Auftrages, die Schöpfung zu bewahren, verantwortet werden kann. Einen wirksamen Klimaschutz hält sie nur durch eine Änderung im Energienutzungsverhalten (Energieeinsparungen, neue technische Verfahren) und die zügige Erschließung anderer umweltschonender Energiequellen für verantwortlich machbar.
3. Über die grundsätzlichen Einwände hinaus kann die Kernenergie nicht als "Brückentechnologie" bezeichnet werden, weil durch eine Laufzeitverlängerung die dadurch anfallenden Mengen hochradioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle gesteigert werden, ohne dass es für die jetzt schon angefallenen Abfallmengen eine sichere Entsorgungsmöglichkeit gibt.
4. Die insbesondere von internationalen Fachleuten auf dem Endlagersymposium in Berlin im Jahr 2008 und der Endlagertagung in Loccum im Jahr 2009 dargelegten Anforderungen an eine Endlagerstandortsuche bzw. ein Endlager bestätigen im Kern die seit vielen Jahren von kirchlicher Seite vorgetragenen Bedenken gegen das in Deutschland bisher praktizierte Vorgehen und die daraus abgeleiteten entsprechenden Forderungen. Umso weniger Verständnis hat die Landessynode dafür, dass die Erkundungsarbeiten im Gorlebener Salzstock - nach den derzeit vorliegenden Informationen - fortgesetzt werden sollen,

- ohne dass es verbindliche, international anerkannte und für die Öffentlichkeit transparente Sicherheitskriterien gibt,
 - ohne dass eine alternative Standortsuche im Blick auf eine mögliche Endlagerstätte und ein anderes Wirtsgestein als Salz gleichzeitig in Aussicht genommen wird und
 - ohne dass es eine Bürgerbeteiligung auf breiter Basis, insbesondere unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen im Wendland gegeben hat.
5. Die Landessynode hält es für unabdingbar, dass bei allen zukünftigen Entscheidungen und Maßnahmen das Atomgesetz statt des Bergrechtes angewandt wird und dass die unter 4 genannten Grundsätze eingehalten werden.
6. Die Landessynode begrüßt den Beschluss, den der Kirchenkreistag des Ev.-luth. Kirchenkreises Lüchow-Dannenberg am 3. November 2009 in Wustrow gefasst hat und macht sich diesen zu Eigen. Sie bittet das Landeskirchenamt, die Beratung in juristischen Fragen und die Unterstützung bei gerichtlichen Klärungen der Kirchen- und Kapellengemeinden, deren Salzrechte durch eine Fortsetzung der Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben angetastet werden könnten, unbeschadet deren selbstständiger Entscheidungsverantwortung zu gewährleisten. Ein Enteignungsverfahren gegenüber den betroffenen Kirchen- und Kapellengemeinden würde die Landessynode als außerordentlich belastend empfinden.
7. Die Landessynode bittet alle Beteiligten, namentlich auch die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung, mit einer ethisch verantwortbaren wie sachlich vertretbaren Lösung auch ihre friedensstiftende Aufgabe ungeschmälert im Blick zu behalten. Dazu trägt ein Handeln im Sinne des insbesondere unter den Punkten 4 und 5 Gesagten bei. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers steht für die Fortsetzung eines umfassenden Dialogs mit allen Betroffenen und Verantwortlichen zur Lösung der "Endlagerstandortfrage" zur Verfügung.

Anlage**Kundgebung der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bremen im November 2008:**

"Kernenergie ist kein verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz und behindert den notwendigen Umbau der Energieversorgung. Vor allem sind ihre Risiken - insbesondere die nicht geklärte Endlagerung und das hohe Schadenspotential - nach wie vor ungelöst. Wir treten dafür ein, am Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie festzuhalten, dem Vertrieb dieser Technologie in Europa und weltweit eine Absage zu erteilen und den Ausstieg aus klimaschädlichen Energietechnologien weiter voranzutreiben. Es muss möglichst schnell ein vernünftiger Weg zur Lösung der Endlagerproblematik gefunden werden. Nach den negativen Erfahrungen mit Salz als Endlagermedium in der Asse und in Morsleben ist es zwingend notwendig, die Endlagersuche auf alternative Standorte auszudehnen. Zur Abwägung der Risiken bedarf es der gründlichen Prüfung mehrerer Optionen und der Transparenz des Verfahrens. Vorrangig müssen erneuerbare Energien gefördert werden. Solange Kernkraftwerke aber noch betrieben werden, sollten Forschungsvorhaben zur Sicherheit für die Restlaufzeit der Kernkraftwerke und zur Endlagerung (andere Standorte als Gorleben), die die Risiken der Kernkraft mindern, unterstützt werden."

Anlage**Beschluss des Kirchenkreistages des Ev.-luth. Kirchenkreises Lüchow-Dannenberg vom 3. November 2009:**

"Aufgrund der Beendigung des Moratoriums in Gorleben ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass der Kirchenkreistag des Ev.-luth. Kirchenkreises Lüchow-Dannenberg auf der Basis aller bisherigen Beschlüsse der betroffenen Kirchengemeinden, des Kirchenkreistages, der hannoverschen Landessynode und der Synode der EKD, indem sie sich zur Bewahrung der Schöpfung bekennen, erklärt:

Das Vertrauen in die Ergebnisoffenheit der Untersuchungen an einem einzigen Standort ist nach wie vor nicht gegeben (vgl. Beschlüsse vom Februar 1990).

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Experten ist nicht gegeben, wie eine Analyse der PTB-Studien von 1983 und die Erfahrungen mit der Asse2 zeigen. Die Aufsichtsfunktion der mit der Überprüfung beauftragten Behörden wurde in wesentlichen Punkten vernachlässigt.

Immer noch liegen keine rechtlich verbindlichen Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung für den Zeitraum von 1 Mio. Jahre vor.

Die Beteiligung der Bevölkerung wurde am Standort Gorleben systematisch verhindert, wie eine wissenschaftliche Studie des Bundesamtes für Energie der Schweiz vom 29. Juni 2009 nachweist. In anderen europäischen Ländern ist diese Beteiligung längst Standard.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat im November 2008 beschlossen: 'Es muss möglichst schnell ein vernünftiger Weg zur Lösung der Endlagerproblematik gefunden werden. Nach den negativen Erfahrungen mit Salz als Endlagermedium in der Asse und in Morsleben ist es zwingend notwendig, die Endlagersuche auf alternative Standorte auszudehnen. Zur Abwägung der Risiken bedarf es der gründlichen Prüfung mehrerer Optionen und der Transparenz des Verfahrens.' (Kundgebung zu 'Klimawandel-Wasserwandel-Lebenswandel'; 10. Synode der EKD während ihrer 7. Tagung)

Wir schließen uns diesem Beschluss an und erklären: Es ist zwingend notwendig, die Endlagersuche auf alternative Standorte und Endlagermedien auszudehnen.

Durch die Vorfestlegung auf einen einzigen Standort besteht auch die Sorge, dass die Eigentumsrechte der Kirchen- und Kapellengemeinden am Salzstock Gorleben eingeschränkt werden.

Wir bitten die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, die betroffenen Kirchengemeinden und Kapellengemeinden darin zu unterstützen, dass die im Jahr 1990 beschlossene gerichtliche Klärung nunmehr durchgeführt wird. Gleichzeitig bitten wir das Landeskirchenamt um rechtliche Beratung und Begleitung."